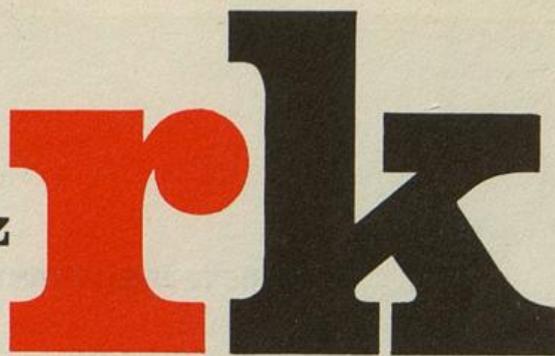


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 24. Juli 1984

Blatt 1651

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Stacher: mangelnde Information der ÖVP-Politiker

Kommunal:
(rosa)

Neuer Flächenwidmungsplan für Aspern
Neuer Leiter des Magistratischen Bezirksamtes
Währing
Wiener Drogenbericht 1983 erschienen
Umwelterhebung 1982: Umweltsituation besser
beurteilt
Wien gibt Auftrag zu Blei-Untersuchung im
Wienerwald

Politik:
(rosa)

Gratz: Keine Änderung der Geschäftseinteilung

Lokal:
(orange)

Schieder: keine Gefahr für Badehütten am
Donau-Oder-Kanal
Hochschwab: Wien würde Mülltransport mitzahlen

Nur
über FS:

Schon wieder brannte ein Fernsehapparat
Marimba Ponies spielen im Pflegeheim Liesing

.....
Bereits am 23. Juli 1984 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Stacher: mangelnde Information der ÖVP-Politiker

=++++

12 Wien, 23.7. (RK-KOMMUNAL) "Die Gesundheits- und Sozialsprecher der ÖVP sind bedauerlicherweise zum Teil nur sehr mangelhaft über den Gesundheits- und Sozialbereich informiert", erklärte Montag Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Der Stadtrat nahm damit zu der von ÖVP-Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS aufgestellten Forderung, Medizinstudenten im Pflegedienst der städtischen Spitäler einzusetzen sowie zu der von ihr gemeinsam mit ÖVP-Gemeinderat Dr. Johannes HAWLIK erhobenen Kritik an der vorgesehenen Sozialhilfegesetznovelle Stellung.

Laut Stacher werden bereits seit 1976 Medizinstudenten als Ersatz für das in Urlaub und im Krankenstand befindliche Pflegepersonal eingesetzt. So sind derzeit in den städtischen Spitälern 250 Medizinstudenten und 28 Ärzte im Pflegedienst tätig.

Zu der Montag im Rahmen eines Pressegesprächs aufgestellten Behauptung, daß 1983 bereits jeder 9. Wiener ein Sozialfall gewesen sei, erklärte Stacher, daß hier offensichtlich die Zahlen der einzelnen Aushilfen mit jene der unterstützten Personen verwechselt wurden. So ist es durchaus üblich, daß eine Person pro Jahr mehrfach Aushilfen des Sozialamtes erhält. Tatsächlich wurden im Vorjahr 30.000 Personen - und keinesfalls 200.000 - durch die Sozialhilfe unterstützt. Ferner ist die in der Novelle des Sozialhilfegesetzes vorgesehene Feststellung der "Arbeitswilligkeit" prinzipiell nichts Neues, da dieser Begriff auch bereits im derzeit geltenden Sozialhilfegesetz und im Arbeitslosenversicherungsgesetz vorhanden ist. Wie der Stadtrat abschließend erklärte, ginge es der ÖVP anscheinend gar nicht um sachliche Argumente, sondern um eine "Sommerbeschäftigung" der Medien. (Schluß) zi/ap

NNNN

Neuer Flächenwidmungsplan für Aspern

=++++

2 #Wien, 24.7. (RK-KOMMUNAL) Für einen Teil von Aspern im 22. Bezirk soll ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan erstellt werden. Dieser neue Plan für den Bereich der Siedlung "Wulzendorf" liegt vom 26. Juli bis 23. August während der Amtsstunden (Montag bis Freitag von 7.30 bis 15.30 Uhr, an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.#

Das Plangebiet wird von Wulzendorfstraße, Kapellenweg, Am Mühlwasser und Glockenblumengasse begrenzt. Der neue Plan ist so konzipiert, daß eine Radwegverbindung ausgebaut werden kann. Der "Georginenplatz", ein Teil der Tamariskengasse, wird aufgelassen und künftig Bauland sein. Ebenfalls aufgenommen wurde in den Entwurf zum neuen Plan die Bestimmung, daß hier künftig Schottergewinnung oder Ausbeutung des Bodens untersagt werden. (Schluß) and/ap

NNNN

Neuer Leiter des Magistratischen Bezirksamtes Währing

=++++

5 #Wien, 24.7. (RK-KOMMUNAL) Obermagistratsrat Dr. Ferdinand PODKOWICZ wurde Dienstag von Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION als neuer Leiter des Magistratischen Bezirksamtes Währing in sein Amt eingeführt. OMR Podkowicz ist seit 1964 bei der Gemeinde Wien beschäftigt. Er tritt die Nachfolge von Senatsrat Dr. Helmut WILTSCHEGG-BINDER an, der vor kurzem in den Ruhestand getreten ist.#

Stadtrat Friederike Seidl stellte in ihrer Rede fest, daß die partnerschaftliche Zusammenarbeit und das gemeinsame Engagement des Leiters und seiner Mitarbeiter Voraussetzung für eine effiziente, bürgernahe Arbeit seien. (Schluß) lei/and

NNNN

Gratz: Keine Änderung der Geschäftseinteilung

=++++

6 Wien, 24.7. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Zu der von der Wiener ÖVP in den vergangenen Wochen mehrmals erhobenen Forderung nach Änderung der Geschäftseinteilung meinte Dienstag Bürgermeister Leopold GRATZ, er sei zwar immer bereit, über Sachfragen zu diskutieren, wolle aber nicht nach einem Jahr schon wieder eine neue Geschäftseinteilung. Die Verwaltung müsse schließlich Zeit haben, zu arbeiten statt sich ununterbrochen mit neuen Organisationsmodellen vertraut zu machen.
(Schluß) rö/bs

NNNN

Wiener Drogenbericht 1983 erschienen (1)

Utl.: Zahl der Drogentoten rückläufig

=++++

7 #Wien, 24.7. (RK-KOMMUNAL) Die "legalen" Drogen, das heißt Medikamentenmißbrauch zusammen mit Alkohol, befinden sich nach wie vor im Vormarsch. Die Zahl der Todesfälle im Zusammenhang mit Rauschgiften ist hingegen erfreulicherweise von 26 Personen im Jahr 1982 auf 15 im Vorjahr zurückgegangen. In Gesamtösterreich wurden 1983 26 Drogentote registriert. Dies ergab der soeben erschienene "Wiener Drogenbericht 1983", über den Dienstag Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER im Rahmen des Bürgermeister-Pressegespräches berichtete. Laut Stacher dürfte der Rückgang der Todesfälle vor allem auf die in Wien vorhandenen vielfältigen Einrichtungen und die dadurch mögliche "Therapiekette" zurückzuführen sein. So kommen Suchtkranke aus ganz Österreich zur Behandlung in die Bundeshauptstadt.#

Zwtl.: Medikamente als Einstiegsdroge

1983 wurden in den diversen Ambulanzen und Therapieeinrichtungen mehr Tablettenabhängige behandelt als Süchtige wegen ihrer Abhängigkeit von traditionellen Drogen. Diese Entwicklung stellt, wie der Stadtrat erklärte, die Experten vor große Probleme, da die Behandlung der Medikamentenabhängigkeit zumeist schwieriger und weniger aussichtsreich ist als die Behandlung von Heroin- oder Opiumabhängigkeit. "Schmerzstillter" werden sehr oft zu Einstiegsdrogen. Besonders Schlaf- und Beruhigungsmittel, aber auch Abführtabletten können bereits zur Sucht führen.

In der Ambulanz der Zentralstelle für Suchtkrankenhilfe im 9. Bezirk, Borschkegasse 1 (Telefon 42 67 86), wurden im Vorjahr 348 neue Zugänge verzeichnet. 157 Personen wurden wegen Medikamentenabhängigkeit behandelt, wegen Abhängigkeit von Opiaten bzw. Heroin waren es 112 Personen (Forts.) zi/bs

NNNN

Wiener Drogenbericht 1983 erschienen (2)

Utl.: Neue Drogenstation hat sich bewährt

=++++

8 Wien, 24.7. (RK-KOMMUNAL) Zwischen der kurzdauernden rein körperlichen Entzugsbehandlung und der monatelangen Langzeitbehandlung an der Drogenstation in Vorderbrühl/Mödling gab es bis zum vergangenen Jahr keine Möglichkeit einer mittelfristigen stationären Behandlung. Im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe wurde deshalb im Vorjahr eine eigene Drogenstation zu diesem Zweck eingerichtet. Damit steht eine wesentliche Ergänzung der "therapeutischen Kette" in Wien zur Verfügung. Allein im ersten Halbjahr 1983 wurden 35 Personen an dieser Drogenstation behandelt.

Zwtl.: Vermittlung von Therapieplätzen

Durch die Tätigkeit des Wiener Drogenbeirates, in dem alle in Wien vorhandenen Einrichtungen vertreten sind, bzw. die Tätigkeit der Zentralstelle für Suchtkrankenhilfe - sie koordiniert die verschiedenen Therapiemöglichkeiten - ist gewährleistet, daß jeder Behandlungswillige ehebaldigst die geeignete Therapie in Anspruch nehmen kann, erklärte Stadtrat Stacher.

Neben der Ambulanz der Zentralstelle für Suchtkrankenhilfe, an der 1983 insgesamt 582 Personen in Behandlung standen (1982: 538 Personen), wurden an der Drogenambulanz im Allgemeinen Krankenhaus 159 Personen behandelt. An der Intensivstation der Psychiatrie im Allgemeinen Krankenhaus wurden 94 körperliche Entzugsbehandlungen stationär durchgeführt. Auf Grund der verbesserten ambulanten Methoden ist erfreulicherweise die Zahl der stationär durchgeführten körperlichen Entzugsbehandlungen weiter im Sinken. Darüber hinaus sind aber auch noch mehrere private Beratungsstellen und Angehörigenvereinigungen in Wien tätig. (Forts.) zi/bs

NNNN

Wiener Drogenbericht 1983 erschienen (3)

Utl.: Keine neuen "Modedrogen"

=++++

9 Wien, 24.7. (RK-KOMMUNAL) Wie der Gesundheitsstadtrat ferner bekanntgab, wurden von den Sicherheitsbehörden 1983 insgesamt 1.839 Personen nach dem Suchtgiftgesetz angezeigt (1982 waren es 1.761). Bei 456 Personen handelte es sich um sogenannte Erstfälle, das heißt um Personen, die den Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit Suchtmittelmißbrauch bzw. -abhängigkeit noch nicht bekannt waren. Die meisten Anzeigen erfolgten im Zusammenhang mit Cannabis- ("Haschisch")-Mißbrauch, nur zehn Erstanzeigen betrafen den Kokain-Mißbrauch. Keine einzige Anzeige wurde wegen Mißbrauch einer bisher nicht benützten Droge erstattet.

Bei der Gesundheitsbehörde erfolgten 1983 insgesamt 1.140 Anfragen der Gerichte nach dem Suchtgiftgesetz, wobei es sich in 462 Fällen um Zweit- und Mehrfachanfragen handelte. 371 Personen konnten nicht erreicht werden, 464 Personen benötigten lediglich eine Beratung und keine Therapie. Von 71 Personen wurde die Untersuchung abgebrochen, zwölf Personen verweigerten sie.

Zwtl.: Berufsrehabilitation "neuralgischer Punkt"

Univ.-Prof. Dr. Stacher unterstrich die Notwendigkeit der beruflichen Wiedereingliederung von ehemaligen Süchtigen. Ist diese nicht möglich, so ist sehr oft auch die erfolgreiche Therapie in Frage gestellt. In Wien wurden seitens des Kuratoriums für psychosoziale Dienste und der "Wiener geschützten Werkstätten" mehrere und bereits erfolgreich laufende Projekte begonnen. (Schluß)
zi/bs

NNNN

Umwelterhebung 1982: Umweltsituation besser beurteilt (1)

=++++

10 #Wien, 24.7. (RK-KOMMUNAL) Die Umweltsituation in Wien wurde von den Wienerinnen und Wienern 1982 besser beurteilt als 1973. Weniger Personen fühlen sich durch Gerüche, Lärm und Abgase belästigt, die Grünflächenversorgung wird besser beurteilt, fast ein Viertel der Befragten ist bereit, aktiv an der Pflege von Grünflächen mitzuwirken. Etwas weniger Personen benützen für die Fahrt zur Arbeit oder zur Schule den PKW. Wo die Einwohnerzahl des Bezirks durch Zuwanderung größer wurde (Stadttrand) war auch die Zufriedenheit mit der Umwelt und den Umweltbedingungen groß: das sind einige der wichtigsten Ergebnisse der Umwelterhebung 1982, durchgeführt vom österreichischen Institut für Raumplanung (öIR) im Auftrag der Umwelta Abteilung. Die Gesamtauswertung liegt nun vor und wurde von Stadtrat Peter SCHIEDER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters präsentiert.

Neben der auch objektiv meßbaren Verbesserung der Umweltbedingungen seit 1973 (weniger SO₂-Gehalt der Luft, Vergrößerung des Grünflächenangebots und des Wald- und Wiesengürtels usw.) lebten, wie die Untersuchung zeigt, 1982 auch mehr Menschen unter besseren Umweltbedingungen als 1973. Die Umwelterhebung 1982 zeigt aber auch, wo Umweltschutzmaßnahmen gegriffen haben und wo noch ein Manko besteht. Durch die Möglichkeit der kleinräumigen Auswertung für lokale Bereiche können in Zukunft außerdem gezielte Maßnahmen in einzelnen Stadtvierteln gesetzt werden. #

Im Rahmen der Befragung wurden 720.000 Haushalte erfaßt, die Rücklaufquote war mit 90 Prozent (650.000 Haushalte) sehr hoch.

Zwtl.: Belästigung durch Gerüche oder Abgase

Die Belästigung durch Gerüche oder Abgase ist gegenüber der Umwelterhebung 1973 zurückgegangen. 45 Prozent (423.000 Befragte) fühlen sich dadurch erheblich gestört (1973: 56 Prozent). Besonders stark ist die Belästigung in den inneren Bezirken, vor allem entlang bestimmter Hauptverkehrsadern wie Gürtel oder Lastenstraße. Gegenüber 1973 wurde das Ausmaß der Belästigungen am stärksten in der Inneren Stadt, in Wieden, Margareten, Mariahilf, Neubau und Meidling sowie Liesing verringert.

Kraftfahrzeuge sind die Hauptschuldigen bei der Geruchs- und Abgasbelästigung (70 Prozent), durch Gewerbe- und Industrieemissionen fühlen sich 22 Prozent gestört, in bestimmten Stadtteilen sind auch Heizungen wesentliche Emittenten. (Forts.)
hs/ap

Umwelterhebung 1982: Umweltsituation besser beurteilt (2)

Utl.: Staub

=++++

11 Wien, 24.7. (RK-KOMMUNAL) 42 Prozent der Befragten (408.000 Personen) gaben an, durch Staub in der unmittelbaren Wohnumgebung gestört zu werden. Die Staubimmission ist in den Innenbezirken am größten, in den Bezirken 10 bis 23 dagegen wird die Mehrzahl der Bevölkerung nicht durch Staub belästigt. In bezug auf Staubimmissionen können nach Meinung des ÖIR keine direkten Vergleiche zwischen 1973 und 1982 (wegen der Verschiedenartigkeit der Fragen) gezogen werden. 1973 fühlten sich 47 Prozent durch Staub und/oder unerlaubte Müllablagerungen, weggeworfene Abfälle, Autowracks usw. belästigt. Speziell durch Staub gestört fühlten sich 31 Prozent. Auch bei der Belästigung durch Staub ist der Verkehr der Hauptschuldige.

Zwtl.: Lärm

Beim Lärm ging die Belästigung gegenüber 1973 zurück. Bei der Umwelterhebung 1982 gaben 4,7 Prozent (knapp 50.000 Befragte) an, durch Lärm fast unerträglich gestört zu werden, über 200.000 Personen fühlten sich durch Lärm stark gestört. Fallweise durch Lärm belästigt werden weitere zwei Fünftel der Befragten.

Durch Lärm unterschiedlicher Intensität - also auch durch fallweise auftretenden Lärm - wurden 63 Prozent der Bevölkerung gestört. Die Untersuchung 1973 (nach der nun angewandten Auswertungsmethode) ergab, daß 60 Prozent der Befragten bei Tag und 53 Prozent bei Nacht erheblichen Lärmbelästigungen ausgesetzt waren. Die sinngemäß entsprechenden Prozentwerte für 1982 betragen 63 Prozent bei Tag, 52 Prozent bei Nacht. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die in der Zahl von 1982 enthaltenen "fallweisen" Belästigungen nur teilweise mit "erheblicher" Belästigung gleichzusetzen sind. Wie ÖIR und Umweltabteilung meinen, ist damit die Lärmbelästigung bei Tag seit 1973 geringer geworden - was sich auch mit den Ergebnissen des Mikrozensus deckt. Laut Mikrozensus ist die Lärmimmission in Wien erheblich zurückgegangen, liegt aber dennoch über dem gesamtösterreichischen Durchschnitt.

Bei den Fragen nach dem Lärm wurde auch die Frage nach den Lärmquellen gestellt. Von allen Antwortern auf diese Frage fühlten sich bei Tag etwa die Hälfte, bei Nacht zwei Fünftel durch Lärm aus bestimmten Emittenten gestört. Die größten Lärmverursacher sind PKW-Verkehr, Mopeds, Motorräder und schwerer Lkw-Verkehr.

(Forts.) hs/ap

Umwelterhebung 1982: Umweltsituation besser beurteilt (3)

Utl.: Wohnumwelt und Grünflächenversorgung

=++++

12 Wien, 24.7. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Umwelterhebung 1982 wurde auch nach der Wohnungslage und der Beurteilung der Grünflächenversorgung gefragt. Für zwei Drittel der Befragten ist die Versorgung mit Grünflächen ausreichend, insgesamt wird die Situation 1982 besser beurteilt als 1973 (1973 waren 64 Prozent zufrieden, 1982 67 Prozent).

Zwtl.: Art der Heizungen

Für den Aufbau eines Schwefeldioxid-Simulationsmodells für den Umweltcomputer, bei dem die SO₂-Immissionen dargestellt werden, wurde auch die Art der Heizungen erhoben. Der größte Teil der Wohnungen in Wien - 57 Prozent - verfügt über Einzelheizungen, eigene Zentralheizung hat ein gutes Fünftel, Hauszentralheizungen beheizen 13 Prozent der Wohnungen, 8 Prozent werden mit Fernwärme versorgt.

Zwtl.: Parkplatzsituation

Bemerkenswertes Ergebnis der Umwelterhebung: in immerhin 49 Prozent aller Haushalte, die sich an der Befragung beteiligten, stand 1982 kein Auto zur Verfügung.

Je näher ein Bezirk dem Zentrum liegt, desto schwerer findet man einen Parkplatz. In der Innenstadt haben 95 Prozent der dort wohnhaften Autofahrer Parkplatzprobleme, in der Donaustadt sind es dagegen nur 14 Prozent.

Zwtl.: Verkehrsmittel 1982 und ein Jahr zuvor

Weniger PKW-Benützer bei der Fahrt zur Arbeit oder zur Schule, dafür mehr Fußgänger, aber auch weniger Berufstätige und Schüler, die öffentliche Verkehrsmittel in Anspruch nehmen: das ist ein weiteres Ergebnis der Umwelterhebung. Benützten 1982 39,5 Prozent einen PKW für die entsprechenden Fahrten, so waren es ein Jahr zuvor noch 40,9 Prozent. Öffentliche Verkehrsmittel verwendeten 1982 52,2 Prozent, 1981 53,2 Prozent. "Andere Verkehrsmittel" bleiben mit 3,3 Prozent gleich, die Zahl der Fußgänger stieg zwischen 1981 und 1982 um 1 Prozent auf 18,1 Prozent.

Damit benützt die größte Gruppe der befragten Berufstätigen und Schüler öffentliche Verkehrsmittel für den Weg zur Arbeit und zur Schule. Überaus attraktiv sind dabei U-Bahn und Schnellbahn. Auch die Benützung anderer öffentlicher Verkehrsmittel entlang dieser Verbindungen ist sehr hoch. (Forts.) hs/ap

Umwelterhebung 1982: Umweltsituation besser beurteilt (4)

Wohndauer

=+++++

13 Wien, 24.7. (RK-KOMMUNAL) Eine Frage der Umwelterhebung 1982 galt der Wohndauer.

Die größte Gruppe - immerhin 30 Prozent - der Wohnbevölkerung lebt bereits mehr als 20 Jahre am gegenwärtigen Standort. Im Stadtzentrum ist dieser Personenkreis mit 55 Prozent am größten, in den äußeren Gemeindebezirken naturgemäß kleiner. Vor allem in Liesing, Meidling, Rudolfsheim-Fünfhaus und Hernals stellt jener Personenkreis, der erst vor kurzer Zeit (maximal drei Jahre) in das derzeitige Gebiet gezogen ist, einen großen Teil der Bevölkerung (18 bzw. 19 Prozent). Mit zunehmendem Anteil der Bevölkerung, die seit über 20 Jahren an einem Wohnstandort lebt, werden auch die Beschwerden bzw. Störungen durch Gerüche, Abgase, Staub, Lärm, ungünstige Grünflächenversorgung usw. größer.

Zwtl.: Umweltbedingungen und Bevölkerungsentwicklung

Viele Ergebnisse der Umwelterhebung zeigen ausgeprägte Zusammenhänge mit der Bevölkerungsentwicklung 1971-1981. Wo die Einwohnerzahl insgesamt, vorallem durch Wanderungsgewinn, größer wurde, gab es verhältnismäßig wenige Bewohner, die durch Staub und Gerüche stark bis unerträglich belästigt wurden. Geringfügig ist dort auch die Lärmbelästigung (mit Ausnahme des schweren LKW-Verkehrs), selten sind Parkprobleme und Haushalte ohne PKW.

Die Reduktion der Belästigung durch Geruchs-, Abgas- und Lärmimmissionen ist damit neben der allgemeinen, objektiven Verbesserung der Umweltbedingungen (wie sich durch die ständigen Luftmessungen, durch den Mikrozensus sowie, durch die objektiv meßbare Vergrößerung der Grün- und Erholungsflächen beweisen läßt) auch darauf zurückzuführen, daß 1982 ein größerer Teil der Bevölkerung unter günstigeren Umweltbedingungen lebte als 1973.

Zwtl.: Maßnahmen

o Als eine der Auswirkungen der Untersuchung muß in den Stadterneuerungsgebieten und den alten Stadtvierteln verstärkt Umweltassanierung betrieben werden. Die Magistratsabteilung 22 hat dazu bereits entsprechende Arbeiten (Umweltassanierung Wilhelmsdorf, Mitarbeit bei der Stadterneuerung) geleistet.

(Forts.) hs/ap

Umwelterhebung 1982: Umweltsituation besser beurteilt (5)

Utl.: Maßnahmen (Fortsetzung)

=++++

14 Wien, 24.7. (RK-KOMMUNAL)

o Die Ergebnisse der Umwelterhebung sind auch für Prioritäten im Umweltschutz wichtig. Von den Befragten haben mindestens 70 Prozent einen oder mehrere konkrete Verbesserungsvorschläge gemacht.

Der größte Teil davon, rund 23 Prozent, betrifft Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität (Luftreinhaltung stand auch bereits 1973 an erster Stelle). Für ein Fünftel der Befragten ist die Errichtung von Grünflächen erforderlich, fast ebenso groß ist der Personenkreis, der den Bau von Radwegen vorschlägt.

15 Prozent sind für Lärmschutzeinrichtungen durch die öffentliche Hand, weitere 5 Prozent für derartige Projekte auf eigene Kosten (z.B. Schallschutzfenster).

14 Prozent schlagen die Errichtung von Wohnstraßen oder Fußgängerzonen, 13 Prozent Innenhofbegrünung vor, und 15 Prozent treten für eine Verbesserung der Straßenreinigung ein.

Mehr als ein Fünftel der Befragten ist außerdem bereit, sich selbst aktiv an der Pflege von Grünanlagen zu beteiligen (vor allem im 6., 7. und 8. Bezirk aber auch am Westrand des Stadtgebietes und nördlich der Donau).

Vor allem in den östlichen und südlichen Randbezirken würden bei gut ausgebauten Radwegen rund 25 Prozent der Befragten das Rad als Verkehrsmittel benutzen.

o Ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung von Umwelt und zu entsprechender Planung ist die kleinräumige Auswertung der Erhebung. Ergebnisse zur Charakterisierung der Umweltbedingungen in den Bezirken liegen bereits vor. Generell soll die Umwelterhebung wichtige Unterlagen für Umweltschutz, Planung und Forschung liefern.

Zwtl.: Weitere konkrete Maßnahmen sind:

o Verwirklichung des Maßnahmenpakets gegen den sauren Regen und damit weitere Verbesserung der Luftqualität in Wien. Die SO₂-Belastung in der Bundeshauptstadt ist zwischen 1979 und 1983 bereits von 0,075 Milligramm pro Kubikmeter (Jahresmittelwert) auf 0,042 Milligramm gesunken und wird bis Anfang der 90er Jahre weiter verringert. Zu den entsprechenden Aktivitäten zählen die fortgesetzte Herabsetzung des Schwefeldioxid-Ausstoßes der Kraftwerke (Prognose für 1988: 10.000 Tonnen), Ausbau der Fernwärme und verstärkter Fernwärmeanschluß für Betriebe, Sanierung der Müllverbrennungsanlagen durch Einbau von leistungsfähigen Filtern, Sanierung der EBS, Maßnahmen zur Eindämmung der Abgase aus dem KFZ-Verkehr usw. (Forts.) hs/ap

Umwelterhebung 1982: Umweltsituation besser beurteilt (6)

Utl.: Maßnahmen (Fortsetzung)

=++++

.. Wien, 24.7. (RK-KOMMUNAL)

- o Ausbau der Möglichkeiten des Umweltcomputers der Magistrats-
abteilung 22 - u.a. Luftqualitätsinformationssystem LUQUIS
- o Bündelung des Individualverkehrs, stets mit Schallschutz-
und Umweltschutzmaßnahmen verbunden
- o Untersuchung der Magistratsabteilung 22 über die Lärmbelastung
durch den Autobusverkehr
- o Untersuchung der Magistratsabteilung 22 über den Lärm durch
Eisenbahnlinien und Arbeit an entsprechenden Sanierungsmaßnahmen
- o Forderung an die Industrie, verstärkt leisere, energiesparende
Geräte zu produzieren
- o Bau von Palettengaragen bei neuen Wohnhausanlagen
- o neue Grün- und Erholungsbereiche, vor allem im dichtverbauten
Gebiet bzw. in Stadterneuerungsgebieten
- o weitere Baumpflanzungen und Fortführung des Alleenprogramms
(Pflanzung neuer und Sanierung bestehender Alleen)
- o Biotopkartierung - Erhebung aller zu schützenden Landschafts-
teile und Naturbereiche
- o Aktivitäten zum Schutz bestimmter Kiesgruben bzw. Schotter-
teiche
- o Begrünung von hitzestrahlendem Mauerwerk
- o verstärkte Propagierung der Innenhofbegrünung
- o Maßnahmen zur natürlichen Klärung vor allem bei Kleinge-
wässern - Experimente mit natürlicher Abwasserklärung durch
Binsen und Schilf im Lainzer Tiergarten - Rückkehr zum
natürlichen, nicht verbetonierten Flußlauf wo möglich
- o weitere Einschränkung chemischer Pflanzenschutzmittel, dafür
Förderung des biologischen Landbaus auch im Hinblick auf die
zunehmende Nitratbelastung des Grundwassers
- o weitere Realisierung des Radwegekonzepts
- o Ausnützung der durch das Umweltveto gegebenen stärkeren
Eingriffsmöglichkeiten der Umweltabteilung bei neuen
Projekten der Stadt
- o Vorlage und Realisierung des Müllkonzepts.

(Forts.) hs/ap

Umwelterhebung 1982: Umweltsituation besser beurteilt (7)

Utl.: Anwendungsmöglichkeiten

=++++

- 16 Wien, 24.7. (RK-KOMMUNAL) Neben der bereits erwähnten Möglichkeit zur Nutzung der Ergebnisse der Umwelterhebung 1982 kann die Untersuchung für folgende Bereiche angewendet werden:
- o Aufbau eines Modells zur Simulation von SO₂-Immissionen. Dies ist ein besonderes Projekt, auf das bereits hingewiesen wurde.
 - o Räumlich differenzierte Beschreibung, Klassifizierung und Typisierung des Stadtgebietes nach Anteil der Personen, durch die Lärm einerseits Gerüche bzw. Abgase und Staub und andererseits durch PKW-Verkehr, Mopeds, LKW-Verkehr, Flugzeuge, Gewerbe- und Industriebetriebe, Bautätigkeit usw. (durch bestimmte Emittenten) gestört werden
 - o Feststellung jener Stadtteile (z.B. Baublöcke und Straßen), deren Bevölkerung in höchstem Ausmaß durch bestimmte Immissionen bzw. bestimmte Emittenten belastigt wird
 - o Vergleichende Untersuchung der objektiven Immissionsbelastungen
 - o Untersuchung der Bewohner ausgewählter Stadtteile v.a. in bezug auf die Beeinträchtigung und Schädigung der Gesundheit durch bestimmte Immissionen
 - o Feststellung jener Stadtteile, in denen alle oder bestimmte Immissionen eingeschränkt werden müssen
 - o Feststellung und Bewertung der Diskrepanzen zwischen verschiedenen kleinräumigen Stadtteilen in bezug auf die Immissionsbelastung der Bevölkerung
 - o Ausarbeitung genereller und räumlich begrenzter Zielsetzungen sowie konkreter Maßnahmen zur Verringerung der o.a. Disparitäten
 - o Darstellung und Analyse der Beurteilung der kleingeräumigen Grünflächenversorgung
 - o Die Wohnbevölkerung (ab dem 15. Lebensjahr) wurde auch nach der Adresse der Arbeitsstätte, der Schule bzw. der Universität gefragt. Aufgrund dieses Materials ist es erstmalig möglich, mit einem verhältnismäßig gut einschätzbaren Aufwand repräsentative empirische Daten über den gesamten Berufsverkehr und den Großteil des Schulverkehrs zu erhalten. (Schluß) hs/ap

Schieder: keine Gefahr für Badehütten am Donau-Oder-Kanal

=++++

17 #Wien, 24.7. (RK-LOKAL) Nach dem derzeitigen Projekt, das in rund einem Monat der Öffentlichkeit vorgelegt werden wird, ist es nicht notwendig, Badehütten am Donau-Oder-Kanal abzusiedeln. Das betonte Stadtrat Peter SCHIEDER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters zu einem entsprechenden Zeitungsbericht.

Wie Schieder weiter erklärte, müßten Badehütten vielleicht weichen, falls einmal in ferner Zukunft ein Schifffahrtskanal Wien-Angern gebaut werde. Es sei jedoch nicht einmal sicher, ob sie in diesem Fall verschwinden müßten. Das gegenständliche Projekt, das zu einer Bewässerung von Lobau und auch Marchfeld führen kann, erfordert keine Absiedlung.#

(Schluß) hs/ap

NNNN

Hochschwab: Wien würde Mülltransport mitzahlen
=++++

18 #Wien, 24.7. (RK-LOKAL) Um das Müllproblem bei dem von einem Wanderverein geführten Schiestlhaus am Hochschwab zu beseitigen, ist die Stadt Wien bereit, das Aufstellen von Müllbehältern und den Abtransport mitzufinanzieren. Das erklärte Stadtrat Peter SCHIEDER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters zu einem Zeitungsartikel, in dem auf Müllablagerungen im Wassergewinnungsgebiet des Hochschwab hingewiesen wurde.#

Wegen der Müllproblematik beim Schiestlhaus, wo der Müll regelmäßig einfach über eine Felswand gekippt wird, läuft bereits ein Verfahren bei der Bezirkshauptmannschaft. Wien ist bereit, die Aufstellung von Müllbehältern und auch den Abtransport mitzufinanzieren. Da der Hochschwab eine gemeinsame Wassergewinnungszone für Wien und den Wasserverband Hochschwab Süd darstellt, könnte das Problem rasch gelöst werden, wenn sich auch das Land Steiermark zur Beteiligung an den Aufstellungs- und den Betriebskosten bereit erklärte.

Zwtl.: Baufälliges Haus in der Großfeldsiedlung muß weg

Das baufällige Haus in der Nähe des Bades in der Großfeldsiedlung hätte bereits durch die bauausführende Firma entfernt werden müssen: Darauf wies Schieder ebenfalls im Bürgermeister-Pressegespräch hin. Da die Firma dies nicht erledigt hat, wurde ihr eine Nachfrist gesetzt, die diese Woche abläuft. Wird das Gebäude nun nicht abgetragen, so wird der Firma der AUFTRAG ENTZOGEN und die Arbeit von der Stadt Wien mit einer anderen Firma durchgeführt. Der Mobile Bürgerdienst kümmert sich bereits um das Problem. (Schluß) hs/ap

NNNN

Wien gibt Auftrag zu Blei-Untersuchung im Wienerwald

=++++

19 #Wien, 24.7. (RK-KOMMUNAL) Die Umwelta Abteilung läßt von der Universität für Bodenkultur die Frage der Bleidepositionen im Wiener Bereich des Wienerwalds untersuchen: das betonte Umweltstadtrat Peter SCHIEDER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters zu einer entsprechenden Aussendung des ÖVP-Abgeordneten Mag. Josef HÖCHTL, die sich allerdings nicht auf den Wiener Teil des Wienerwaldes zu beziehen scheint. Wie Schieder erklärte, liege der entsprechende Auftrag bereits unterschiftsreif in der Umwelta Abteilung.

Zur Frage möglicher Schädigungen des "Wiener" Wienerwaldes selbst betont das Forstamt, daß derzeit im Wiener Bereich keine sichtbaren Schäden durch Sauren Regen festgestellt werden. #(Schluß)
hs/ap

NNNN